

# Energie und Klimaschutz

## Rat ö 04.03.2008

### Klimaschutz Osnabrück: Neue Energiewege statt Kohleverbrennung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 4 a) Beratungsverlauf:

Herr Bajus begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er legt dar, dass der Rat seit Beginn dieser Wahlperiode zahlreiche Beschlüsse zum Klimaschutz getroffen habe; allerdings seien umfangreichere Maßnahmen noch nicht umgesetzt. Er erläutert die Einzelheiten des Antragswortlautes, wonach sich der Rat zu den Stadtwerken Osnabrück bekennt und hebt die Bedeutung der Ziffer 3 hervor, nach der dem Grunde nach die Entscheidung der Stadtwerke für eine Eigenstromproduktion begrüßt werde. Allerdings sei es das Anliegen seiner Fraktion, die hierfür im Aufsichtsrat vor einigen Jahren, als die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dort nicht vertreten gewesen sei, vereinbarte Entscheidung für die Kohleverbrennung zu korrigieren. Er hofft, dass die Erkenntnisse des UN-Klimaberichtes zu einem allgemeinen Umdenken im Rat geführt haben und skizziert, welche Einsparungen an CO<sub>2</sub> und Feinstauben sowie anderen Stoffen durch Verzicht der Stadt Osnabrück im Engagement bei der Kohleverbrennung erzielt werden können. Demgegenüber hebt er die Bedeutung des Ausbaus erneuerbarer Energien hervor. Zu dem schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion merkt er an, dass die Ziffer 7 abgelehnt werde; die Ziffer 8 des Änderungsantrages korrespondiere demgegenüber mit Ziffer 5 des Ursprungsantrages seiner Fraktion.

Herr Dr. E. h. Brickwedde stellt namens der CDU-Fraktion fest, dass in einer Verbesserung des Klimaschutzes ein wichtiges aber nicht das einzige Ziel zu sehen sei. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den von SPD und Grünen verhandelten Ausstieg aus der Kernenergie, obwohl die Nutzung dieser Energiequelle den CO<sub>2</sub>-Ausstoß völlig vermeide. Gegenüber den erhobenen Forderungen weist er auf die Bedeutung der Kostensituation. Nachdrücklich weist er die Ausführungen von Herrn Bajus, wonach bisher keine wesentlichen Maßnahmen zum Klimaschutz eingeleitet wurden, als objektiv unwahr zurück. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die eingeleiteten Schulsanierungsprogramme, die durch ihre energetischen Ansätze bereits zu maßgeblichen Rückgängen der Verbrauchszahlen geführt haben. Daneben verweist er auf die Anschaffung umweltschonender Fahrzeuge sowohl für die Stadtwerke als auch für die Stadtverwaltung. Er macht deutlich, dass sowohl die geplanten neuen Kohlekraftwerke als auch die Gaskraftwerke neuen Typs in effizienterer und neuer Wirkungsweise arbeiten und maßgebliche Einsparungen von Dioxid hierdurch erreicht werden. Der gleichzeitige Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraft und Atomenergie sei nicht möglich. Er verweist auf die Gefahr des Anstiegs der Energiekosten, die derzeit bei 19 Cent je Kilowattstunde im Gebiet der Stadtwerke Osnabrück liegen. Der Verkauf einer Kilowattstunde aus Solarenergie würde 40 bis 50 Cent kosten, worin kein wettbe-

werbsfähiger Betrag zu sehen sei. Er hebt die Notwendigkeit der Stärkung der Osnabrücker Stadtwerke gemeinsam mit den Stadtwerken anderer starker Kommunen hervor und sieht ausschließlich in einem entsprechenden Zusammenschluss eine Möglichkeit, den bestehenden Energieoligopolen Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Herr Henning dankt namens der SPD-Fraktion ausdrücklich für den Antrag. Er widerspricht ebenfalls Herrn Bajus in seiner negativen Einschätzung der bisherigen Aktivitäten und legt dar, dass gerade die Ziffern 1 bis 6 des Antrages der Grünen die Inhalte der derzeitigen Beschlusslage wiedergeben. Hieran waren die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bisher auch zum größten Teil beteiligt. Er verweist darauf, dass das zitierte Engagement bei der Kohleverbrennung durch die Stadtwerke bereits im Jahr 2004 beschlossen worden sei und hebt hervor, dass die verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen einvernehmlich von allen Mitgliedern des Rates gewünscht sei; im Hinblick auf die bestehende Wettbewerbssituation und dem herrschenden Konkurrenzdruck werde es jedoch ebenfalls für erforderlich gehalten, die Eigenstromproduktion zu verstärken. Er spricht sich für Maßnahmen der Kraftwärmekopplung aus, was in Ziffer 7 des Änderungsantrages zum Ausdruck komme. Abschließend macht er deutlich, dass der Schwerpunkt der ökologischen Ausrichtung der Stadtwerke unter anderem daran deutlich werde, dass für die Nutzung regenerativer Energien ein höherer Betrag als die Beteiligung an dem Kohlekraftwerk verausgabt werde, und weist ergänzend auf den Beitrag zum Klimaschutz hin, der in der verantwortungsvollen Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs liege.

Herr Dr. Thiele weist namens der FDP-Fraktion auf die wichtige Rolle hin, die für sie die CO<sub>2</sub>-Diskussion darstelle und erinnert in diesem Zusammenhang an den Antrag zur Abwasserwärmenutzung in der zurückliegenden Ratssitzung. Er spricht sich ebenfalls für eine Stärkung der Situation der Stadtwerke aus. Die Nutzung von Erdgasfernlieferungen sieht er in Anbetracht der bestehenden Abhängigkeiten gefährdet. Auch im Hinblick auf die Arbeitsplatzsituation spricht er sich für die Nutzung von Strom aus heimischen Gas- und Kohlekraftwerken aus. Die vorliegende Antragstellung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezeichnet er als populistisch. In der Schaffung neuer Kohlekraftwerke sieht er eine Übergangslösung für die Erschließung neuer Energiequellen. Im Interesse der Stadt Osnabrück müsse unter einer vertretbaren Preisentwicklung die Gewinnung von Strom aus regenerativen Energien gefördert werden.

Herr Hagedorn teilt die Meinung, wonach es in den zurückliegenden 30 Jahren zahlreiche Fehleinschätzungen auf dem Energiesektor gegeben habe. Er bekräftigt ferner die Absicht, wonach die starke Position der Stadtwerke erhalten werden solle und stellt fest, dass der Einstieg in die Eigenstromproduktion gewollt sei. Er verweist auf eine neue Studie der Deutschen Bank Research, die große Potenziale der Kommunen in der Kraftwärmekopplung sehe, deren Grenzen noch lange nicht erreicht seien. Diese Technologie werde als die regionale und dezentrale Möglichkeit für den Bereich der Energieerzeugung gesehen. Ferner verweist er darauf, dass durch den Bau von Großkraftwerken hohe Investitionssummen gebunden werden. Zur Frage der Kundenbindung an die Stadtwerke verweist er auf die zahlreichen kritischen Leserbriefreaktionen in der Neuen Osnabrücker Zeitung.

Herr Cheeseman verweist darauf, dass sein abgewiesener Antrag zur Nutzung von Ökostrom ebenfalls zum Inhalt hatte, auf alternative Anbieter hinzuweisen und die hervorragende Stellung der Stadtwerke im Hinblick auf die verstärkte Nutzung regenerativer und dezentraler Versorgungsquellen weiter auszubauen. Auch er hebt die zentrale Bedeutung der Fragen des Klimaschutzes hervor.

Herr Bajus stellt klar, dass er nicht behauptet habe, dass Stadtwerke und Stadt Osnabrück in den zurückliegenden Jahren keinerlei Maßnahmen des Klimaschutzes eingeleitet haben.

Herr Hus weist darauf hin, dass Herr Henning bereits dargestellt habe, dass die SPD-Fraktion die Punkte 1 bis 6 des Ursprungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mittrage. Er verweist auf den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion (siehe Anlage). Dieser solle in Ziffer 8 wie folgt geändert werden:

„Der Rat der Stadt Osnabrück

8. unterstützt die Absicht der Stadtwerke Osnabrück, für den weiteren Ausbau der Eigenenergieerzeugung wie geplant alternative Energien zu nutzen.“

Herr Oberbürgermeister Pistorius verweist darauf, dass im Aufsichtsrat der Stadtwerke Konsens über die Selbstverpflichtung der Stadtwerke geherrscht habe, wonach der Anteil der Nutzung von Strom aus regenerativen Energien auf 25 % vereinbart worden sei. Er verweist auf die ökologischen Standards der Stadtwerke. Er warnt vor einer Schwächung der Kraft der Stadtwerke, die dem außerordentlich harten Wettbewerb der Energieanbieter unterliegen und weist auf die guten Konditionen, zu denen die Versorgung durch die Stadtwerke erfolge, hin. Eine Heraufsetzung des Anteils von Strom aus regenerativen Energien an der Versorgung würde zu einer Kostensituation führen, die die Rolle der Stadtwerke im Wettbewerb des Marktes schwächen würde. Er weist die negative Einschätzung der Größe der Kundenabwanderung durch Herrn Hagedorn zurück.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erläutert, dass die von Herrn Hus vorgetragene Änderung des Antragstextes sowohl mit der CDU als auch der FDP abgestimmt sei und insofern als gemeinsamer Änderungsantrag anzusehen sei.

Herr Mierke legt dar, dass er sich diesem Diskussionsergebnis anschließen werde.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt sodann die Abstimmung über den folgenden **abweichenden Beschluss** herbei:

Der Rat der Friedensstadt Osnabrück

1. bekennt sich zu seinen eingegangenen Klimaschutzziele (u. a. Klima-Bündnis der europäischen Städte).
2. sieht in den Stadtwerken Osnabrück (SWO) einen wichtigen Akteur zur Erreichung dieser Ziele.
3. begrüßt dem Grunde nach die Entscheidung der SWO die Eigenstromproduktion auszubauen.
4. unterstützt die Fortentwicklung des Geschäftsfeldes Energiedienstleistungen (z. B. Wärme-Contracting, Energieeinsparungen u. ä. m.).
5. sieht insbesondere im Ausbau der erneuerbaren Energien die Versorgungstechnik der Zukunft.

6. bewertet die kombinierte Strom-Wärme-Nutzung (Kraft-Wärme-Kopplung) positiv und spricht sich für deren Ausweitung aus.
7. fordert die SWO auf, bei den Kohlekraftwerksbeteiligungen mit Nachdruck zu versuchen, zur Steigerung des Wirkungsgrades einen möglichst hohen Anteil der Abwärme für eine Nahwärmeversorgung an den Standorten zu nutzen.
8. unterstützt die Absicht der SWO, für den weiteren Ausbau der Eigenenergieerzeugung wie geplant alternative Energien zu nutzen.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einer Enthaltung **angenommen**.